



Plenarprotokoll

7. Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2012

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	326	Massenhafte Funkzellenabfragen in Berlin: Millionen Betroffene – keine Wirkung?	333
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	326	Benedikt Lux (GRÜNE)	333
Clara West (SPD)	326	Staatssekretär Bernd Krömer	334
Ramona Pop (GRÜNE)	327	Benedikt Lux (GRÜNE)	334
Katrin Lompscher (LINKE)	328	Staatssekretär Bernd Krömer	335
Christopher Lauer (PIRATEN)	329	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	335
1 Mündliche Anfragen	330	Staatssekretär Bernd Krömer	335
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Wie steht der Senat zur Zukunftssicherung von Vivantes?	335
Beschulung von Kindern aus Roma-Familien	330	Elke Breitenbach (LINKE)	335
Lars Oberg (SPD)	330	Senator Dr. Ulrich Nußbaum	335
Senatorin Sandra Scheeres	330	Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen	336
Lars Oberg (SPD)	331	Martin Delius (PIRATEN)	336
Senatorin Sandra Scheeres	331	Senatorin Sandra Scheeres	336
Regina Kittler (LINKE)	332	Lars Oberg (SPD)	336
Senatorin Sandra Scheeres	332	Senatorin Sandra Scheeres	337
„Neue Schwerpunkte für die Internationale Bauausstellung (IBA) 2020?“	332	Ausschreibung der Regionalbahnlinien zur Ostsee	337
Stefan Evers (CDU)	332	Ole Kreins (SPD)	337
Bürgermeister Michael Müller	332	Bürgermeister Michael Müller	337
Stefan Evers (CDU)	333	Christopher Lauer (PIRATEN)	337
Bürgermeister Michael Müller	333	Bürgermeister Michael Müller	337
Andreas Otto (GRÜNE)	333	Jutta Matuschek (LINKE)	337
Bürgermeister Michael Müller	333	Bürgermeister Michael Müller	338
		Wie geht es weiter mit dem Masterplan Industrie	338
		Jakob Schultze-Berndt (CDU)	338
		Senatorin Sybille von Obernitz	338
		Jakob Schultze-Berndt (CDU)	338

Martin Delius (PIRATEN)	391	12 A Wahl zweier Abgeordneter zu Mitgliedern des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages	399
Regina Kittler (LINKE)	392	Dringliche Wahl	
Martin Delius (PIRATEN)	392	Drucksache 17/0121	
Özcan Mutlu (GRÜNE)	392	Ergebnis	399
Ergebnis	393	Beschlusstext	435
8 Gesetz zur Änderung des Senatorengesetzes	393	13 Einsatz von Quellen-TKÜ- und IT-Überwachungssystemen in Berlin	399
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU		Große Anfrage der Piratenfraktion	
Drucksache 17/0113		Drucksache 17/0046	
Erste Lesung		Christopher Lauer (PIRATEN)	399
Dirk Behrendt (GRÜNE)	393	Bürgermeister Frank Henkel	400
Frank Zimmermann (SPD)	394	Christopher Lauer (PIRATEN)	402
Dr. Klaus Lederer (LINKE)	395	Sven Kohlmeier (SPD)	403
Sven Rissmann (CDU)	396	Benedikt Lux (GRÜNE)	404
Martin Delius (PIRATEN)	397	Dr. Robbin Juhnke (CDU)	406
Ergebnis	398	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	408
9 Wahl von drei Abgeordneten zu Mitgliedern der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung)	398	Alexander Morlang (PIRATEN)	410
Wahl		Ergebnis	411
Drucksache 17/0061		18 Wohnungsmarkt sozial gestalten – Mietentwicklung dämpfen	411
Ergebnis	398	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 14. Dezember 2011 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11. Januar 2012	
Heiko Thomas (GRÜNE) [Erklärung zur Abstimmung gemäß § 72 GO Abghs]	398	Drucksache 17/0095	
Beschlusstext	435	zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	
10 Wahl von einer Person des öffentlichen Lebens zum Mitglied des Rundfunkrates des Rundfunks Berlin-Brandenburg	398	Drucksache 17/0029	
Wahl		Katrin Schmidberger (GRÜNE)	411
Drucksache 17/0096		Iris Spranger (SPD)	412
Ergebnis	398	Katrin Lompscher (LINKE)	413
Beschlusstext	435	Dr. Manuel Heide (CDU)	414
11 Wahl des Richterwahlausschusses	398	Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	415
Wahl		Ergebnis	416
Drucksache 17/0100		18 A Entwurf des Bebauungsplans I-211 für das Gelände zwischen dem Alexanderufer, der Stadtbahn, der Unterbaumstraße und der Spree sowie Teilflächen der Stadtbahn im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte	416
Ergebnis	399	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 18. Januar 2012	
Beschlusstext	436	Drucksache 17/0120	
12 Nachwahl von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrats der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	399	zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0068	
Nachwahl		Antje Kapek (GRÜNE)	416
Drucksache 17/0114		Iris Spranger (SPD)	417
Ergebnis	399	Katrin Lompscher (LINKE)	418
Beschlusstext	435		

Stefan Evers (CDU)	418	Iris Spranger (SPD) [zu Protokoll gegeben]	422
Antje Kapek (GRÜNE)	419	Andreas Otto (GRÜNE) [zu Protokoll gegeben]	422
Wolfram Prieß (PIRATEN)	420	Oliver Höfinghoff (PIRATEN) [zu Protokoll gegeben]	423
Ergebnis	420	Ergebnis	423
Beschlusstext	436		
18 B Nr. 21/2011 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte	421	23 a) Kein Flughafenknast – nirgendwo!	424
Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 25. Januar 2012 Drucksache 17/0125		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0101	
zur Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		b) Kein Flughafenknast auf dem Großflughafen BER „Willy Brandt“	424
Ergebnis	421	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0102	
Beschlusstext	436	Ergebnis	424
19 Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen	421	24 Verfolgung von Homosexuellen in Deutschland seit 1945: Legislatives Unrecht beseitigen, erlittenes Unrecht entschädigen, Wissenschaft und Dokumentation voranbringen	424
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 17/0104		Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0103	
Ergebnis	421	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	424
20 a) Zeitnahe, vollständige und ergebnisoffene Sonderüberprüfung des Berliner Forschungsreaktors vor der Wiederaufnahme des Betriebs (neu)		Tom Schreiber (SPD)	425
Vollständige Sicherheitsüberprüfung des Berliner Forschungsreaktors vor Entscheidung über Weiterbetrieb (alt)		Thomas Birk (GRÜNE)	426
Drucksachen 16/4049, 16/4290, 16/4290- 1 und 16/4290-2, 16/4418 16/4427– Schlussbericht –	421	Stefan Evers (CDU)	427
Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 17/0074		Philipp Magalski (PIRATEN)	428
b) Stresstest für den Forschungsreaktor Wannsee nachbessern – Überflugverbot sicherstellen	421	Ergebnis	429
Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Drucksache 17/0124		26 Betrügerischen Handel mit Schrottimmobilen erschweren, Verbraucherinnen und Verbraucher besser schützen	429
Ergebnis	421	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0109	
21 Zweckentfremdung von Wohnraum rechtssicher unterbinden	421	Dr. Turgut Altug (GRÜNE)	429
Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0057		Irene Köhne (SPD)	430
Katrin Lompscher (LINKE) [zu Protokoll gegeben]	421	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	430
		Sven Rissmann (CDU)	431
		Heiko Herberg (PIRATEN)	431
		Ergebnis	432
		27 Ombudsstelle für Alg-II-Empfänger/- innen	432
		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0110	
		Ergebnis	432

(Dr. Klaus Lederer)

der der Bürgermeister entspricht, genauso wie ein Rücktritt behandelt wird. Ich finde das richtig. Da die Frage, von wem die Initiative zur Amtsbeendigung ausgeht, letztlich die zentrale Frage ist, hoffe ich, dass die Koalition zustimmt, dass wir diese Art von Veränderung in den Gesetzentwurf im Rechtsausschuss auch gemeinsam aufnehmen.

Der zweite Punkt ist die Kürzung der zeitlichen Begrenzung auf ein Jahr. Das haben die Grünen vorgeschlagen und hat mit dem konkreten Fall überhaupt nichts zu tun. Aus meiner Sicht ist das eine sinnvolle Einschränkung, wenn man die Parallele zugrunde legt, die beispielsweise beim Arbeitslosengeld existiert. Es ist aus dem Amt scheidenden Senatorinnen und Senatoren zuzumuten, innerhalb eines Jahres eine neue Beschäftigung aufzunehmen. Sie sind, wenn ich das mal ironisieren darf, Leistungsträger. Deswegen werden sich alle um sie reißen. Es kann nicht das Problem sein, nach einem Jahr den Übergangsgeldanspruch zu kappen. Das ist eine legitime Maßnahme und eine der sozialen Gerechtigkeit entsprechende Veränderung.

Ein Problem habe ich jedoch mit dem Antrag der Grünen. Das betrifft die Begrenzung der Mindestzugehörigkeitszeit bis zum Übergangsgeldanspruch. Man soll mindestens sechs Monate Senatsmitglied sein. Ich halte dies für einen Systembruch. Es soll gerade die Unabhängigkeit des Senators oder der Senatorin auch vor dem Regierenden Bürgermeister existieren. Ich möchte nicht, dass er in den ersten sechs Monaten dem Regierenden Bürgermeister zu Füßen liegt, damit er seinen Übergangsgeldanspruch nicht verliert. Es ist völlig in Ordnung, wenn vom ersten Tag an ein Übergangsgeld gezahlt wird. Wenn der Kollege nur einen Monat im Amt ist, dann wird auch nur für einen Monat gezahlt. Dagegen spricht aus meiner Sicht überhaupt nichts.

Ich finde, dass es für die Mindestzugehörigkeitszeit keine Begründung gibt, die mich bisher überzeugt. Vielleicht liefern die Grünen eine solche im Rechtsausschuss noch nach. Vielleicht habe ich auch einen eigenen Denkfehler. Für den Fall, dass es nicht so sein sollte, spreche ich mich dafür aus, keine Mindestbegrenzung vorzusehen, wenn man die Unabhängigkeit der Senatorinnen und Senatoren in ihrer eigenen Amtsführung gegenüber dem Regierenden Bürgermeister gerade in den ersten sechs Monaten sichern will. Dafür gibt es aus meiner Sicht keinen Grund. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Jetzt hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Rissmann das Wort. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Behrendt! Sie bringen mich schon

wieder in die Verlegenheit, am Anfang meiner Ausführungen sagen zu müssen, dass ich dem Kollegen Dr. Lederer beipflichten muss, jedenfalls hinsichtlich seiner Ausführungen zur Notwendigkeit dieser Rederunde. Offenbar ist es auch an dieser Stelle die Fortsetzung der Dirk-Behrendt-Show, die einige aus der letzten Wahlperiode schon kennen. Insofern mache ich das, was auch die anderen schon getan habe: Ich erzähle unnötigerweise das, was wir ruhig und sachlich im Ausschuss hätten besprechen können.

[Beifall bei der SPD]

Die Grünen haben hier wieder einmal gezeigt, dass sie besonders lange brauchen, um größere öffentliche Ankündigungen auch einmal zu Papier zu bringen. Den vorliegenden Änderungsantrag habe ich vor ein paar Stunden im Fach gehabt. Wahrscheinlich erwarten die Grünen, dass sie so im Mittelpunkt sind – auch des Parlamentarismus –, dass ich alles stehen- und liegen lasse und mich nur noch mit diesem Änderungsantrag der Grünen beschäftige. Das habe ich natürlich nicht gemacht, werde ich aber tun, bevor wir dann im Rechtsausschuss darüber beraten. Wahrscheinlich ist das hier so ähnlich wie beim Schulgesetz. Da hat ja der Kollege Oberg gerade ausgeführt: Das Rennen läuft, und die Grünen rennen hinterher.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Das ist bei dieser Debatte ähnlich. Die Koalition hat ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt, und so ist es eben.

In den letzten Wochen waren die Regelungen zum Übergangsgeld für Senatoren in der Diskussion. Die aktuellen Ereignisse haben bei meiner Fraktion und bei der Koalition die Erkenntnis gebracht, dass die derzeitige Regelung in Bezug auf die Mindestdauer der Gewährung von Übergangsgeld nicht mehr zeitgemäß ist. Wir haben uns deshalb überlegt, die Mindestbezugsdauer an die Dauer der Amtszeit anzupassen. Man muss dabei beachten, dass die Diskussion über die Besoldung und Versorgung von Politikern immer schwierig ist. Man kann den Eindruck gewinnen, dass öffentliche Zustimmung oder Anerkennung nur dann möglich ist, wenn man Diäten, Pensionen, Besoldung und Übergangsgelder ganz streichen, ganz davon absehen würde. Das kann sicher nicht richtig sein, und auf den zweiten Blick wird das auch sicherlich keiner hier wollen, nicht nur, weil Demokratie Geld kostet – das ist gar nicht entscheidend –, sondern weil sonst Demokratie auch nicht funktionieren würde. Volksvertreter hier, aber auch Volksvertreter in der Exekutive könnten dann nur diejenigen werden, die sich das offenbar leisten können. Das will sicher keiner.

Richtig ist aber, dass man, gerade weil Politik selbst über ihre Besoldung und Versorgung entscheidet, sehr kritisch und sensibel mit diesem Punkt umgehen muss. Ein Aspekt für die Akzeptanz der Politik in unserer Gesellschaft und bei unserer Bevölkerung ist damit sicher auch die

(Sven Rissmann)

Nachvollziehbarkeit der aus Steuermitteln stammenden Versorgung. Das bedeutet aus meiner Sicht für die Frage des Übergangsgelds von Senatoren konkret: Grundsätzlich scheint es sachlich richtig, ein Übergangsgeld zu gewähren. Da erkenne ich schon mal einen gewissen Konsens. Über die Voraussetzungen der Gewährung von Übergangsgeld, über die Höhe und über die Dauer kann man streiten. Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, dass die Dauer der Amtszeit eine stärkere Rolle als bisher spielen muss, und das wollen wir daher möglichst einvernehmlich auch mit Ihnen, den Kollegen der Opposition, ändern.

Ich möchte vorab für diese Debatte auch darauf hinweisen, wie die Praxis im Bund und in den anderen Ländern zu sein scheint: Der Bund und etwa neun Bundesländer – wenn ich das richtig geprüft habe – haben ebenfalls eine Mindestbezugsdauer von sechs Monaten, so wie es in Berlin derzeit noch der Fall ist. Weitere Länder haben drei Monate Mindestbezugsdauer, und bei einem schnellen, sicherlich nicht abschließenden Überblick habe ich allein das Bundesland Schleswig-Holstein gefunden, das keine Mindestbezugsdauer gewährt. Das heißt zum einen, dass die bisherigen, in die Kritik geratenen Berliner Vorschriften offenbar den Regelfall darstellen. Zum anderen kann man daraus aber auch ableiten, dass wir – Union und SPD – hier einen neuen Weg gehen wollen, um Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit von Politik und für Politik in der Bevölkerung zu erhöhen. Wir sind offen, mit Ihnen gemeinsam im Rahmen der weiteren Beratung hier eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Eine Anmerkung nur: Man streitet jetzt schon darüber, ob man höchstens für ein Jahr oder für zwei Jahre gewähren soll, und die Grünen ziehen den Vergleich mit dem normalen Arbeitnehmer, der eben auch nur ein Jahr lang Arbeitslosengeld I erhält und dann in Hartz IV abrutschen könnte. Der Vergleich hinkt deshalb etwas, weil der normale Arbeitnehmer Kündigungsschutzvorschriften hat, die Politiker – wie auch in dem Fall, der dieser Debatte zugrunde liegt – nicht haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der Piraten hat jetzt der Abgeordnete Delius das Wort. – Bitte sehr!

Martin Delius (PIRATEN):

Aller guten Dinge sind drei. Wir hatten das Thema schon häufiger in diesem Haus. Ich freue mich, dass wir uns im Prinzip alle einig sind. Wir müssen das Gesetz ändern. § 16 Senatorenengesetz regelt das Zahlen von Übergangsgeld an Senatoren oder Senatorinnen a. D., regelt aber nicht den Missbrauch dieses Paragraphen. Ich glaube, darum geht es. Wenn ein Senator oder eine Senatorin sich

moralisch fragwürdig verhält, eine Koalition sich politisch fragwürdig verhält, dann helfen auch keine Regelungen, Zusatzregelungen oder ähnliche neue Paragraphen und Wörter. Dennoch – wir müssen hier Schadensbegrenzung im Voraus und im Nachhinein betreiben. Das können wir machen, indem wir einfach die öffentliche Empörung ein bisschen ernst nehmen und ein bisschen weniger Geld für politische oder moralische Verfehlungen ausgeben.

Der Antrag der Grünen möchte in § 16 Abs. 1 das Bitten um Entlassung als Grund für das Nichtzahlen von Übergangsgeldern einführen. Das halte ich für fragwürdig aus dem Grund, dass ich ganz sicher bin, dass eine beliebige Koalition in der nächsten Zeit ein neues Wort dafür finden wird, nicht „Rücktritt“ sagen zu müssen. Dann heißt es: „Ich bitte um Freilassung.“ – oder: „Ich bitte um Verabschiedung.“

[Heiterkeit bei den PIRATEN, den GRÜNEN und
der LINKEN –
Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

Und das steht nicht im Gesetz. Insofern weiß ich nicht – das kann jetzt ein studierter Jurist, ein Rechtsexperte sagen –, ob es genügt, da reinzuschreiben: „Die Bitte um Entlassung ist kein Grund für Übergangsgeld.“

Weiteres: Mindestens sechs Monate sollen Senatoren im Amt gewesen sein, um Übergangsgeld beziehen zu können. Da schließe ich mich vollumfänglich Herrn Dr. Lederer an. Auch hier wieder – ein kleines anderes Argument – bin ich mir absolut sicher, dass eine Koalition, wie auch immer sie aufgebaut sein wird, in Zukunft eine Möglichkeit finden wird, einen Senator, der sich moralisch fragwürdig verhält, über sechs Monate im Amt zu halten, damit er sein Übergangsgeld beziehen kann, wenn die Koalition das möchte.

Das Einzige, worüber wir uns einig sind, ist, dass die Mindestbezugsdauer weg muss. Das finde ich gut. Das finden auch wir gut, das unterstützen wir. Ich denke, der Ausschuss wird dort zu einer Regelung kommen. Die Minimallösung der Koalition – im Übrigen auch von den Piraten gefordert – – Da habe ich noch ein kleines Datum: Es war der 16. Dezember 2011. An diesem Tag habe ich bei den Piraten, in unser Online-Meinungsbildungstool „Liquid Feedback“, den verschriftlichten Vorschlag der Grünen, den ich der Presse entnommen habe, eingestellt, und er wurde dort abgestimmt. Insofern waren wir wohl die Ersten, die einen schriftlichen Antrag formuliert haben. Ich danke, dass das so weit gekommen ist, und ich hoffe, dass im Ausschuss schnell darüber beraten wird, damit wir das Thema bald ein viertes und letztes Mal abschließend behandeln können. – Danke schön!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

(Dr. Klaus Lederer)

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Torsten Schneider (SPD): Aber das „klein“
musst du zurücknehmen!]

Es ist doch einfach mal so, dass heute das Wortprotokoll des Rechtsausschusses gekommen ist, das Wortprotokoll der Sitzung vom 18. Januar, in der wir uns fraktionsübergreifend ausführlich über das Thema verständigt und versucht haben, gemeinsam darüber zu diskutieren, an welchen Stellen man ansetzen kann und an welchen nicht. Der Justizsenator hat allen rechtspolitischen Sprechern ein Angebot gemacht: Lasst uns mal zusammensetzen, lasst uns mal gemeinsam darüber nachdenken, welche Wege wir an der Stelle gehen können! – Und die Grünen machen das, was sie in so einer Situation aus irgendeinem Sendungsbewusstsein heraus immer machen: Sie setzen sich hin, schustern so einen Antrag zusammen, ein bisschen rotzig – Sie nehmen es mir nicht übel, ich sage es an der Stelle wieder, aber jetzt wird es nicht gerügt –, und werfen sich hinter den fahrenden Zug.

[Heiterkeit bei den PIRATEN –
Zuruf von Stefan Gelbhaar (GRÜNE)]

Das ist sozusagen die Nummer, die ich einfach ein bisschen unappetitlich finde.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Jetzt ist der Antrag da. Wir werden uns darüber im Ausschuss verständigen. – Getroffene Hunde bellen. Kräh doch nicht gleich rum, Özcan!

[Zurufe von den GRÜNEN]

Wir werden den Antrag jetzt im Ausschuss haben. Ich werde jetzt noch nicht sagen, dass wir ihm in aller Einzelheit zustimmen, sondern ich werde das Angebot des Justizsenators und der Koalition annehmen, das Maßnahmenpaket mit seinen Eckpunkten auf seine Tragfähigkeit zu diskutieren. Ich werde mich über diese ganze Frage mit der Verbraucherzentrale und anderen Akteuren mal kundig machen, und vielleicht kommt dabei am Ende was Vernünftiges heraus.

[Zuruf von Heiko Thomas (GRÜNE)]

– Kräh doch nicht rum! Du kannst doch eine Kurzintervention machen, wenn du ein Problem hast. Ich verstehe dich sowieso nicht und bin lauter. Du bist jetzt nicht dran.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Der Justizsenator hat das Angebot unterbreitet. Ich finde es guten Stil, dieses Angebot anzunehmen. Ich finde es guten Stil, gemeinsam darüber nachzudenken, was tauglich ist und was nicht. Sich eklektizistisch einiges herauszupicken und in einen Antrag zu packen, hier einzureichen und zu sagen: Jetzt, um 21.28 Uhr, interessieren sich die Berliner und die Weltbevölkerung dafür, dass wir Grünen hier mal wieder echt was gerissen haben –, das ist so eine klassische Nummer. Aber egal! Lasst es uns gemeinsam wuppen! Vielleicht kriegen wir hier ein schönes Gesamtergebnis zustande.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD,
der CDU und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Herr Kollege Lederer! Was das Rügen betrifft: Wenn Sie künftig von mir gerügt werden mögen, sollten Sie mir das vorher einfach sagen. Okay?

[Zuruf von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Rissmann das Wort. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute ein Stück Parlamentsgeschichte schreiben: Der Kollege Dr. Lederer, der für eine Fraktion in diesem Haus sitzt, die meiner nicht so sonderlich nahesteht, hat alles gesagt, was zu diesem Antrag zu sagen ist. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU, der SPD
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Herberg das Wort. – Bitte sehr!

Heiko Herberg (PIRATEN):

Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Es ist mittlerweile spät. Wir haben eine ganze Menge vertagt. Wir wollen, glaube ich, auch alle mittlerweile nach Hause.

[Zurufe von der SPD und der LINKEN]

– Genau! Es ist meine erste Rede. Die will ich jetzt hier auch noch wenigstens ein bisschen halten. Keine Sorge! Es werden keine fünf Minuten.

[Beifall]

Normalerweise wollte ich eine Mitternachtsrede halten – hat leider nicht geklappt. Wir sind ein bisschen früher gewesen. Schön, dass sich die CDU so kurz gefasst hat! Ich wollte jetzt noch den Witz mit dem Experten Braun bringen. Es ist, glaube ich, auch nicht mehr so nett.

Ich finde es gut, dass wir uns jetzt hier über den Verbraucherschutz unterhalten wollen. Herr Senator Heilmann und der Staatssekretär haben uns auch angeboten, dass wir das alles in einer großen Runde machen wollen. Das finde ich ganz toll. Wir wollen da konstruktiv zusammenarbeiten. Machen wir im Rechtsausschuss, setzen uns zusammen, schustern was hin, und dann machen wir eine ordentliche Gesetzesänderung an der Stelle.

[Beifall]